Kernthesen des Endberichts zum Forschungsvorhaben

„Einkommensentwicklung im Freistaat Sachsen“

des ifo Instituts für Wirtschaftsförderung, Niederlassung Dresden

im Auftrag der FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag

Im öffentlichen Dienst Sachsens ...

... gibt es das geringste Arbeitsplatzrisiko im Vergleich zu Branchen mit ähnlichen Qualifikationsansprüchen.

... ist die Angleichung der Löhne und Gehälter komplett vollzogen – nominal 100 Prozent im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe mit 68 Prozent.

... liegt der Durchschnittsverdienst deutlich über dem Durchschnitt der Verdienste in der Privatwirtschaft. Nur das verarbeitende Gewerbe liegt in Sachsen noch etwas darüber.

... gibt es Regionen, in denen die Effekte niedrigerer Lebenshaltungskosten einkommenssteigernd wirken. Eine Angleichung an das reale Kaufkraftniveau einiger Regionen in Westdeutschland ist somit vereinzelt bereits erreicht.

In allen Branchen ist eine deutliche Angleichung der Gehälter in Ostdeutschland an die Gehälter in Westdeutschland bis Mitte der 1990er Jahre zu beobachten. Diese Angleichung hat sich danach deutlich verlangsamt. In einer Branche ist die Differenz der nominalen Löhne – also ohne Berücksichtigung der Kaufkraft – zwischen Ost und West in den letzten Jahren sogar wieder größer geworden.

- Über alle Branchen hinweg wurden 2009 im Durchschnitt fast 80 Prozent des westdeutschen Lohnniveaus realisiert.
- Im Sektor Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister hatten sich die ostdeutschen Löhne bis 1997 auf 74 Prozent des westdeutschen Durchschnitts angenähert. Ab dem Jahr 2000 nahm die Lohndifferenz jedoch wieder zu, so dass die Löhne der Branche im Osten 2009 im Durchschnitt nur noch 70 Prozent des Westniveaus erreichten.

Der öffentliche Dienst ist die einzige Branche, in der es kein Lohngefälle zwischen Ost und West mehr gibt. Während in der privaten Wirtschaft noch deutliche Differenzen zwischen den Effektivlöhnen – also den tatsächlich gezahlten Löhnen inklusive aller Zuschläge – in Ost und West zu beobachten sind, sind diese im öffentlichen Dienst nicht mehr vorhanden.

- Im Jahr 2009 bekamen zum Beispiel Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt nur rund 68 Prozent des Westlohns.
- Seit 2010 werden im öffentlichen Dienst in Ost und West die gleichen Gehälter gezahlt.

Die Schere zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen im öffentlichem Dienst und in der freien Wirtschaft ist im Osten deutlich größer als im Westen: Die Entlohnung pro Kopf des öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland liegt weit über dem Durchschnitt der privaten Wirtschaft; in Westdeutschland ist die Entlohnung im öffentlichen Dienst nur leicht überdurchschnittlich.

- Der durchschnittliche Bruttolohn in Ostdeutschland lag 2009 bei 22.667 Euro.
- Im öffentlichen Dienst wurde im Jahr 2007 durchschnittlich 24.916 Euro verdient.
- Nur das verarbeitende Gewerbe hat 2009 etwas mehr verdient, nämlich 25.661 Euro.

Beim Vergleich mit Branchen ähnlich hoher Qualifikationsanforderungen (beispielsweise Finanzierungssektor) verdienen die Angestellten des öffentlichen Dienstes in Sachsen deutlich besser. Demnach kann die überdurchschnittliche Entlohnung des öffentlichen Dienstes nicht allein mit dem höheren Qualifikationsniveau erklärt werden.

- Die Angestellten der Sektoren öffentlicher Dienst, verarbeitendes Gewerbe sowie Finanzierung weisen einen Akademikeranteil von deutlich über zehn Prozent auf.
- Im Jahr 2009 wurden in Sachsen im öffentlichen Dienst trotz eines vergleichbaren Qualifikationsniveaus der Branchen gut 6.690 Euro mehr Jahresbrutto gezahlt als im Finanzierungssektor.

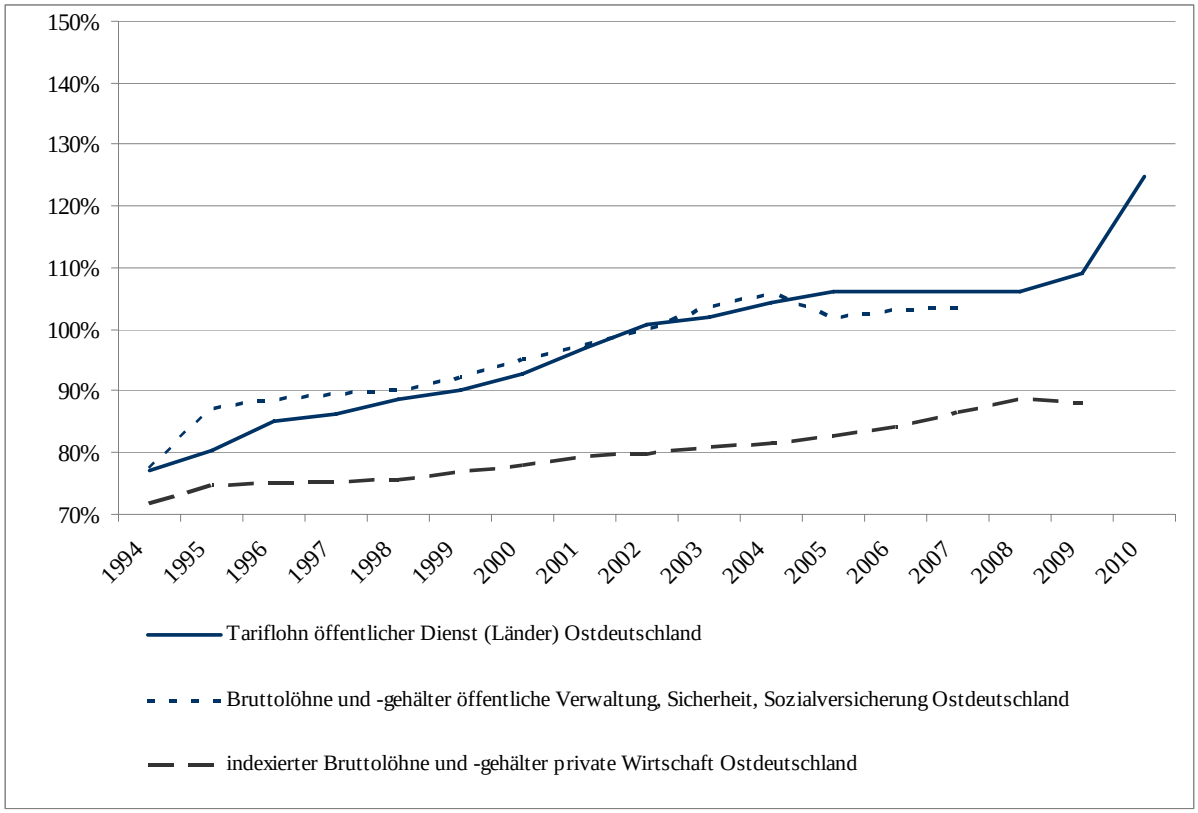
Im Vergleich der realen Bruttolöhne – also unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kaufkraft – pro Kopf lässt sich feststellen, dass in einigen Kreisen Sachsens das Kaufkraftniveau öffentlicher Angestellter zum öffentlichen Dienst Westdeutschlands aufgeschlossen hat. Ursache dafür sind vergleichsweise niedrigere Lebenshaltungskosten sowie der Umstand, dass Gehälter im öffentlichen Dienst nicht regional differenziert werden.

- Unterschiedliche Preisniveaus werden bei der Lohnfindung im privaten Sektor durch entsprechende Zu- und Abschläge bereits oftmals berücksichtigt. Die tariflichen Vorschriften für den öffentlichen Sektor erlauben keine adäquate Differenzierung.
- Die Reallöhne – also die kaufkraftbereinigten Löhne – im öffentlichen Dienst lagen im Jahr 2007 beispielsweise in Dresden bei 23.748 Euro; im Vogtlandkreis lagen sie mit 25.579 Euro rund 1.831 Euro darüber.

Das Risiko eines Arbeitsplatzverlustes ist im Osten tendenziell höher als im Westen – nicht jedoch bei den Angestellten des öffentlichen Dienstes. Arbeitsplatzrisiken resultieren hier nahezu ausschließlich aus der Berücksichtigung auslaufender befristeter Arbeitsverhältnisse. Insoweit spiegelt die im Vergleich mit den Branchen der Privatwirtschaft vergleichsweise hohe Entlohnung dieses vergleichsweise niedrige Risiko nicht wider.

- Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst in Ostdeutschland sind einem 50 Prozent geringeren Arbeitsplatzrisiko ausgesetzt als die Angestellten im Finanzierungssektor.

Indexierte Gegenüberstellung der Brutto- und Tariflohnentwicklung



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, WSI-Tarifarchiv, Darstellung und Berechnung des ifo Insituts

- 100 Prozent in der Grafik: jeweilige Werte der westdeutschen Länder 1994